



CDU-Landesvorsitzender Stoltenberg vor dem Untersuchungsausschuß: „Um Details der Landespolitik nicht gekümmert“

## Waterkantgate: „Moralisches Vakuum“

Der schleswig-holsteinische CDU-Vorsitzende Gerhard Stoltenberg wird für die Landespartei zur Belastung

Gerhard Stoltenberg legt Wert auf klare Kompetenz-Verteilung. Wenn etwa die schleswig-holsteinische CDU, wie im zurückliegenden Wahlkampf, Zeitungen und Broschüren herausgibt, dann „obliegt das der Landesgeschäftsstelle“. Ihm als dem Landesvorsitzenden sei allenfalls „vielleicht die Grundstruktur der Inhalte vorgetragen“ worden, aber „nicht, wer daran mitwirkt“.

Denn er habe, sagt der Bonner Finanzminister, seinen „beruflichen Mittelpunkt in der Bundeshauptstadt“, und da könne er sich „nicht um Details der Landespolitik kümmern“.

Nicht nur auf das „Flensburger Tageblatt“ wirkte Stoltenberg „merkwürdig fern“, als er am Mittwoch vergangener Woche vor dem Untersuchungsausschuß des Landtags zu seiner Kenntnis der Vorgänge befragt wurde, die der Zeuge als „sogenannte Kieler Affäre“ apostrophiert. Stoltenberg, so der Zeitungskommentar, „schien einen Bericht über ein ihm fremdes Land zu geben“.

Immerhin war Stoltenberg, 59, von 1971 bis 1982 Ministerpräsident in Kiel, und Landesvorsitzender seiner Partei ist er seit nunmehr 16 Jahren. Doch die Distanz, die er bei seinem Ausschuß-Auftritt zum Kabinett seines Amtsnachfolgers Uwe Barschel wie zu den Managern seiner Provinzpartei hielt, war kühl kalkuliert: Sie ermöglichte ihm, „persönliche Verantwortung“ für Entgleisungen in Parteipublikationen ebenso abzulehnen wie für die „Machenschaften“ des Medienreferenten Reiner Pfeiffer in der Staatskanzlei.

Denn natürlich hatte Stoltenberg auch mit Barschel eine „Arbeitsteilung verabredet“. Er habe sich, versicherte der Landespartei-Verantwortliche, niemals in die „operativen Angelegenheiten“ des Ministerprä-

sidenten eingemischt, allenfalls „Berufungen von Ministern“ und „manchmal bei Staatssekretären“ habe man „gemeinsam erörtert“.

Nur ein Jubel-Journalist wie Friedrich Karl Fromme von der „Frankfurter Allgemeinen“ konnte über Stoltenbergs vorgeschützte Unkenntnis Erleichterung empfinden: Wenn dem Bonner Minister „von CDU-Leuten im Lande gelegentlich nachgeredet wurde“, er vernachlässige seine Pflichten als Landesvorsitzender, so schlage ihm dies „nun zum Guten aus“.

Eher trifft zu, was die „Süddeutsche Zeitung“ schon vor Wochen konstatierte: „Ein Landesvorsitzender, der von dem Komplott nichts wußte“, das Barschel gegen die SPD geschmiedet habe, stelle „fast eine genauso große Belastung dar wie ein Vorsitzender, der über diese Machenschaften im Bilde war“.

Daß sich jetzt Stoltenbergs Strategie rächt, die Landespartei nur als Hausmacht für bundespolitische Ambitionen in Anspruch zu nehmen, sie aber im übrigen mit linker Hand von Bonn aus zu führen, hat auch der Ehrenvorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU und frühere Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel erkannt. Vorige Woche schlug von Hassel öffentlich vor, einen der vier Stellvertreter Stoltenbergs als geschäftsführenden Landesvorsitzenden zu berufen – nachdem der Bundesfinanzminister auf ein entsprechendes Fernschreiben von Hassels zehn Tage lang nicht reagiert hatte.

Seinen spektakulären Vorstoß rechtfertigte der Ehrenvorsitzende mit der „wachsenden Ungeduld“ unter Parteifreunden: „Auf Schritt und Tritt“ werde er darauf angesprochen, daß sich an der Parteispitze etwas ändern müsse.

Eine derart despektierliche Anregung, meinte das „Hamburger Abendblatt“, sei noch vor kurzem undenkbar gewesen, weil sie „einer Majestätsbeleidigung gleichgekommen wäre“. Daß im Landesvorstand der Hassel-Vorschlag sogleich aufgegriffen und die Funktion der Stellvertreter gestärkt wurde, ist ein Beleg dafür, wie sehr Stoltenbergs Ansehen auch in der Partei gelitten hat.

In der öffentlichen Meinung erlebt der einstige Publikumsliebhaber ohnehin einen rapiden Kurssturz: Auf der Popularitätsskala der Demoskopien lag Stoltenberg noch vor einigen Monaten an der Spitze aller Unionspolitiker; in den Emnid-Umfragen des SPIEGEL wie beim ZDF-„Politbarometer“ übertrumpfte er stets den Bundeskanzler, und er galt als Favorit, wenn über einen Nachfolger Helmut Kohls spekuliert wurde.

Nun aber ist sein Image ramponiert. Einerseits macht der Finanzminister in der Diskussion über Steuerreform und Konjunkturprogramm eine unglückliche Figur, andererseits verdrießt er seine Anhänger durch ungeschicktes Taktieren bei der Bewältigung der Waterkantgate-Affäre: Erst zog er sich den Zorn vieler Parteigänger zu, die glaubten, Stoltenberg habe Barschel überstürzt fallengelassen; jetzt wächst die Kritik, weil er zaudert, das an den Ferkeleien beteiligte Personal auszuwechseln.

Vergangene Woche kündigten deshalb die Liberalen die koalitionsähnliche Kooperation mit der CDU auf. Die „fast vollständige politische Lähmung“ der Union, begründete FDP-Landeschef Wolf-Dieter Zumpfort den Abfall der Freidemokraten, habe „zum Überdenken unserer Position gezwungen“. Mit einem „Geschlossenheitsgrad, wie wir ihn lange nicht mehr gehabt haben“

# „Tavor entzieht der Angst den Boden“

Wirkungen und Nebenwirkungen von Uwe Barschels Psycho-Droge

Ein Mann in Not. Ruhelos unterwegs, getrieben von Terminen. Süchtig nach immer neuen Erfolgen, geplagt von der Angst zu versagen. Streß im Büro, zu Hause und unterwegs. Keine wahren Freunde, kein warmherziger Schatz. Überall „steht die Angst auf der Tagesordnung“. „Die Angst sitzt mit am Tisch.“ „Wenn die Angst einengt.“

Dem Manne kann geholfen werden. Er ist ein Fall für „Tavor“, die kleine Glücksspielle aus dem großen Pharmahause Wyeth.

Angesichts persönlicher Krisensituationen können sich individuelle Angstsymptome verselbständigen und so lange verstärken, bis alles schier unlösbar scheint. Ein Patient, der einmal in einen solchen Angstkreis hineingeraten ist, vermag sich aus

emotionaler Streßreaktionen; dabei ist der angstlösende Effekt besonders ausgeprägt.

Eine Wunderdroge also, die alle Tröstungen des Alkohols und des Christentums vereint, ganz ohne Kater und Kopfschmerzen? So gut wie „Soma“, die visionäre Arznei des britischen Schriftstellers Aldous Huxley, der damit 1932 seine „Schöne neue Welt“ ausstaffierte, um, wenn's not tut, einen frohen „Urlaub von der Wirklichkeit“ nehmen zu können?

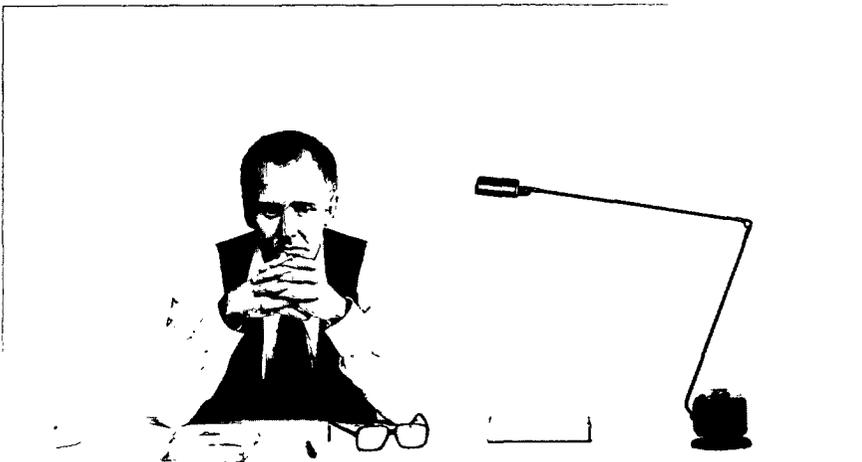
Schön wär's ja. „Was Sucht und Mißbrauch angeht, ist Tavor das schlimmste Benzodiazepin-Präparat“, urteilt der Berliner Pharma-Kritiker Dr. Ulrich Moebius, Herausgeber des unab-

Psyche“) und „Valium“. Seither ist die Substanz weltweit hundertfach variiert worden und derzeit unter mindestens 40 Markennamen in der Bundesrepublik im Handel. Die bekanntesten sind „Lexotanil“ („Rechtzeitig psychische Spannungen beheben“), „Adumbran“ („Der Schlüssel zur seelischen Rast“) und „Tranxilium“ („Schafft die Ausgeglichenheit der Psyche“).

Die Substanzen entfalten ihre Wirkungen mit Bruchteilen eines Milligramms. Sie lagern sich an bestimmte Schaltstellen der Nervenzellen an und dämpfen auf diese Weise die Erregbarkeit vor allem des unbewußten („vegetativen“) Nervensystems. Die von den Herstellern versprochenen Wirkungen – „entspannend, vegetativ stabilisierend, beruhigend, schlaffördernd, muskellockernd“ – treten allesamt wirklich ein (was bei den Heilsversprechen der Pharma-Industrie sonst nicht die Regel ist).

Tavor gilt darüber hinaus als besonders „angstlösend“. Diese Wirkung soll bereits durch 0,5 Milligramm der Wirksubstanz Lorazepam hervorgerufen werden. Offiziell gilt nur die krankhafte („pathologische“) Angst – wie sie beispielsweise bei Schizophrenie auftreten kann – als Verordnungsgrund, jedenfalls unter Wissenschaftlern. Viele niedergelassene Ärzte, auch Barschels Doktoren, verordnen das Präparat jedoch gegen alle möglichen Befindlichkeitsstörungen, auf Wunsch immer wieder und ohne jede Voruntersuchung.

Dabei gehören die Benzodiazepin-Präparate zu den wenigen „Jahrhundert-Medikamenten“, so wie Aspirin oder Penicillin. Im Kreißsaal und auf dem Sterbebett, vor der Operation und nach



Die Angst steht auf der Tagesordnung.

Tavor entzieht der Angst den Boden.

„Tavor“-Werbung: „Persönliche Krisensituationen verstärken sich ...

eigener Kraft nur schwer zu befreien. Dabei ist es im Grund nicht viel, was er braucht: Angstfreie Gelassenheit bei Tag und psychovegetative Entspannung bei Nacht. Damit er seine Probleme lösen kann, statt sie zu verdrängen. Tavor entzieht der Angst den Boden.

Seit 15 Jahren bringt der amerikanische Pharma-Riese Wyeth mit solchen Szenarien den deutschen Doktoren seinen Seelenröster Tavor nahe. Gut 40 Millionen Mark pro Jahr beträgt der bundesdeutsche Tavor-Umsatz. Im Handel ist die rezeptpflichtige Arznei, ein „Tranquilizer“, seit 1972\*\*.

Eine „Happy pill“, die Ängstliche gelassen, Nervöse mutig und Schlaflose nachts träumerisch machen soll – die Wirkung von Tavor, heißt es in der kleingedruckten Gebrauchsinformation, sei gekennzeichnet „durch eine fein abstufbare Abschirmung psychischer Streßeinflüsse und die Abschwächung

hängigen „Arzneitelegramm“. Andere Sachkenner stimmen Moebius zu.

Der chemische Grundstoff des Arzneimittels, das Benzodiazepin, ist 1958 von dem Chemiker Leo Sternbach für den Schweizer Pharmakonzern Hoffmann La Roche entdeckt worden. Die beiden ersten Präparate hießen „Librium“ (Werbeslogan: „Sonnenbrille für die

\* Mit Kohl und Stoltenberg nach der Wahlniederlage am 14. September im Bonner Konrad-Adenauer-Haus.

\*\* Tranquilizer: von lateinisch tranquillus = ruhig.



Barschel (M.), Parteifreunde\* ... bis alles schier unlösbar scheint\*\*

dem Herzinfarkt sind sie unentbehrlich und segensreich.

In Verruf sind die Benzodiazepine durch ihren weit verbreiteten Mißbrauch geraten: Grüne Witwen schlucken sie als „bürgerliches Pendant zum Haschisch“ (so der Psychiater Uwe Peters), im Krankenhaus und im Knast werden sie hochdosiert und dauerhaft zur Erzeugung der „LmA“-Stimmung verabfolgt. Pennäler bekämpfen damit ihre Prüfungsangst, und Uwe Barschel rückte damit, wie seine Witwe sagt, seiner „Flugangst“ und der Reisekrankheit zu Leibe, „im Auto, wenn ihm sterbenselend war“.

Dafür ist Tavor nicht gedacht. Doch wer den kleinen Freund in Stunden der Angst erst mal liebgewonnen hat, mag ihn später selten missen. Innerhalb weniger Monate kann sich dadurch zuerst eine psychische, später auch körperliche Abhängigkeit herausbilden. Die erwünschten Effekte sind nur noch durch eine Dosissteigerung zu erreichen.

In den Monaten vor dem Flugzeugabsturz am 31. Mai hat Barschel nach den Berechnungen der Lübecker Gutachter es pro Tag auf 4,5 Milligramm Tavor gebracht, durchschnittlich also zwei Tabletten à 2,5 Milligramm Wirkstoff. Bei dieser Dosis, die von den Herstellern nur für Zeiten klinischer Behandlung empfohlen wird, können die intellektuellen und emotionalen Leistungen deutlich gestört sein – sie müssen es aber nicht. Barschel blieb trotz Tavor smart, schnell und tricky – Eigenschaften, die bei Benzodiazepin-Mißbrauch gewöhnlich gedämpft werden.

Erst als es mit ihm zu Ende ging, hat Barschel die Dosis nochmals verdoppelt. Er schluckte, auf Kosten seiner Barmer Ersatzkasse, nun durchschnittlich 10 Milligramm Tavor pro Tag. Beim letzten Bonn-Besuch, am Tag nach der Schleswig-Holstein-Wahl, stand der Verlierer, erkennbar schon in seine Lügen verstrickt, mit leerem Gesicht antriebschwach vor dem Portal des Konrad-Adenauer-Hauses – über Ort, Zeit und Situation lange Sekunden offensichtlich im unklaren. Millionen Fernsehzuschauer erlebten die Tavor-Wirkung als Bild vom „Häufchen Elend“.

Als er, elf Tage später, wieder live vor TV-Kameras seinen Rücktritt bekanntgeben mußte, wurde die Wirkung hochdosierter Seelentröster auch noch hörbar: Barschel litt an Wortfindungsstörungen und Silbenschleifen – zwei charakteristische Zeichen der Psychopharmaka-Überdosierung.

Uwe Barschel, der vor dem Tod noch Sartre las, hätte bei Aldous Huxley mehr Trost gefunden: „In einer Welt“, so prophezeite der Kulturphilosoph, „in der niemand etwas für nichts erhält, geben die Beruhigungsmittel für sehr wenig sehr viel.“

(Zumpfort), beschloß der Landeshauptausschuß der Liberalen, die Bündnis-Zusage auszusetzen – einstimmig bei einer Enthaltung.

Da half es dem CDU-Landesvorsitzenden auch nicht, daß er zu dem formalistischen Hinweis Zuflucht suchte, seine Partei sei für Barschels schmutzige Tricks nicht verantwortlich zu machen. Im Gegenteil: Die aus dieser spitzfindigen Betrachtungsweise resultierende Weigerung, sich beim SPD-Oppositionsführer Björn Engholm, dem Opfer der Umtriebe, zu entschuldigen, ist in den Augen der Liberalen erst recht ein „unwürdiges Schauspiel“.

Wenn schon, angesichts der erdrückenden Beweislage, Barschels Ehrenwort Makulatur geworden ist, so sollen die Aktionen allein aus dem Verantwortungsbereich des ehemaligen Ministerpräsidenten gekommen sein. „Wir haben uns geirrt“, sagt Stoltenberg, „wenn wir allen Aussagen Uwe Barschels nach der Landtagswahl Vertrauen geschenkt haben.“ Aber „ob Irrtum hier mit dem Begriff Schuld zu verbinden“ sei, windet er sich, „das müßte sehr sorgfältig diskutiert werden“.

Für die These, daß die Untaten nur einem kranken Hirn entsprungen sein könnten, die Partei aber nichts damit zu schaffen habe, lieferte die Lübecker Staatsanwaltschaft pünktlich einen Tag vor Stoltenbergs Anhörung im Ausschuß einen scheinbaren Beleg. Die Ermittlungsbehörde, die sich zunächst mit einseitigen Recherchen zur Entlastung des CDU-Ministerpräsidenten den Vorwurf der Parteilichkeit eingehandelt hatte, veröffentlichte ein 50seitiges Gutachten von zwei Ärzten der Lübecker Universitätsklinik, wonach Barschel seit Jahren Medikamentenmißbrauch betrieb (siehe Kasten Seite 96).

„Manche Enthüllungen kommen, als ob sie jemand gerufen hätte“, kommentierte die „Süddeutsche Zeitung“ den wundersamen zeitlichen Zufall. Die Handlungen, zu denen Pfeiffer von Barschel angestiftet worden sein will, befand Stoltenberg anderntags vor dem Ausschuß, seien nicht nur „verwerflich, sondern auch absurd“ gewesen. Will heißen: Auf die Idee, den Machterhalt mit einer anonymen Steueranzeige gegen den SPD-Konkurrenten, mit detektivischer Bespitzelung und Psychoterror zu sichern, könne doch nur jemand kommen, der nicht mehr klar im Kopf sei.

Auch dem Bonner CDU-Generalsekretär Heiner Geißler kam die von den Staatsanwälten verbreitete Mediziner-Expertise gelegen. Geißler: „Uwe Barschel war krank.“ Ebenso begierig stürzte sich die „FAZ“ auf den Befund: Wenn sich „das Rätsel auf so einfache wie trostlose Weise lösen“ sollte, dann müsse es „wenigstens ein Ende haben mit dem fast schon kindlichen Rufen nach ‚Entschuldigungen‘“.

So einfach mag es der frühere CDU-Obmann im parlamentarischen Unter-



**CDU-Ehrenvorsitzender von Hassel**  
„Wachsende Ungeduld“

suchungsausschuß, Trutz Graf Kerzenbrock, sich und seinen Parteifreunden allerdings nicht machen. „Juristisch“, meint er, „mag die Schuld Uwe Barschels durch den Medikamentenmißbrauch geringer sein.“ Aber „für die politische Bewertung“ könne dies „überhaupt keine Rolle spielen“.

Ohnehin ist zweifelhaft, ob Anfang des Jahres, als die Aktionen gegen Engholm ausgeheckt wurden, Barschels psychische Verfassung durch die Tranquiliizer bereits angegriffen war.

Sicher ist indes lediglich, daß sich Barschel, wie sich jetzt herausstellte, seit 1980 von drei verschiedenen Ärzten unter anderem große Mengen der Psychopille „Tavor“ verschreiben ließ, die zunächst gegen „Schlafstörungen und morgendliche Anlaufschwierigkeiten“, aber auch gegen Flugangst helfen sollte. Allein von einem Arzt in Mölln wurden Barschel seit April 1980 insgesamt 74 Rezepte für zusammen 3670 Tabletten des starken Beruhigungsmittels verschrieben. Davon nahm Barschel, laut ärztlichem Gutachten, anfangs durchschnittlich zwei Milligramm pro Tag.

Erst nach der ersten SPIEGEL-Veröffentlichung über die Waterkantgate-Affäre steigerte Barschel die tägliche Dosis auf mutmaßlich mehr als zehn Milligramm. „Derartige Tageshöchstmengen“, merkten die Gutachter dazu an, „haben wir nur in seltenen Fällen als Begleitmedikation bei psychisch schwerkranken Patienten benötigt.“ Obendrein nahm Barschel noch verschiedene andere Medikamente ein: etwa den Angsthemmer „Diazepam-ratiopharm“ und das Einschlafmittel „Azutanquil“.

All diese Arzneimittel hatte der ehemalige Ministerpräsident, wie Witwe Freya Barschel der Staatsanwaltschaft berichtete, bei sich, als er am 10. Oktober von Gran Canaria nach Genf startete

# „Das ist die Sprache der Mafia“

War Gerhard Stoltenberg in die illegalen Waffengeschäfte mit Südafrika eingeweiht?

Über die illegale Transaktion, bei der die staatseigenen Kieler Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) und das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) 1984/85 zentnerweise Konstruktionsunterlagen für den U-Boot-Bau nach Südafrika geliefert haben, wußte ein Mann von Anfang an Bescheid: Gerhard Stoltenberg, 59, Finanzminister in Bonn und CDU-Landeschef in Kiel.

Zwar machte der Minister wiederholt widersprüchliche Angaben über Art und Umfang seiner Kenntnis von dem verbotenen Handel zwischen Westdeutschland und Südafrika. Mal wollte er erst 1985 von dem Deal mit Dokumenten und kriegstechnischem Know-how erfahren haben, mal deutete er dunkel an: „Es gibt natürlich Vorgänge im Bereich der Sondierungen, die ich auch nur vom Hörensagen kenne.“

Doch soviel ist sicher: Stoltenberg wurde bereits 1983 ausführlich ins Bild gesetzt. Und trotz seiner damals vorgebrachten Bedenken hat er weder das Geschäft verhindert noch bis heute dafür gesorgt, daß „der schwerste Rüstungsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik“ (SPD-Bundestagsfraktion) nachdrücklich aufgeklärt wurde. Es stimme, so Stoltenberg, was in einem HDW-Protokoll vom 27. Juni 1983 steht:

C. berichtet über den Inhalt des Gesprächs zwischen Herrn Stoltenberg, der Salzgitter AG und dem Land Schleswig-Holstein, an dem Herr Ahlers (Klaus Ahlers, damals Vorstandsvorsitzender der HDW – d. Red.) am 24.6.1983 teilgenommen hat. Für das Südafrika-Geschäft hat es im Minister-Gespräch eine ziemlich klare Absage gegeben.

Stoltenberg war als zuständiger Minister für das Bundesunternehmen Salzgitter und dessen Tochter HDW, zu 75 Prozent in Bundesbesitz, unterrichtet worden; Vertreter des Kieler Kabinetts wurden informiert, weil das Land Schleswig-Holstein 25 Prozent der HDW-Anteile hält.

Von den politischen Vorbehalten gegen den Militärschacher mit dem Apartheidregime aber ließen sich die Manager der Rüstungsfirmen HDW und IKL nicht bremsen. Dabei muß ihnen von vornherein klar gewesen sein, daß ein legales Geschäft mit der Kap-Republik unmöglich war: Der UN-Sicherheitsrat hatte, mit Zustimmung Bonns, bereits 1977 ein generelles Waffenembargo gegen Südafrika beschlossen, weil das Rassenregime wegen seiner ständigen Angriffe auf die Nachbarstaaten eine Gefahr für den Frieden darstelle.

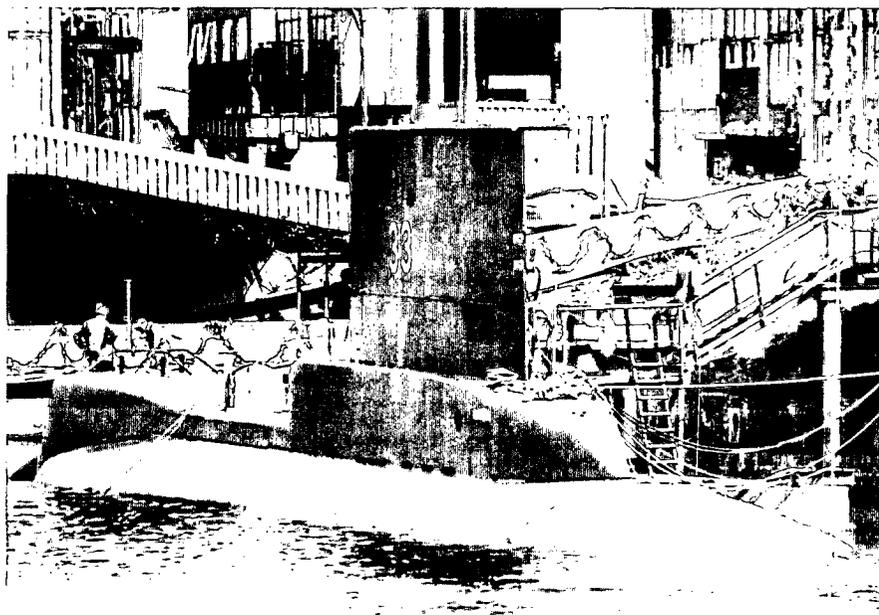
Schon Ende Oktober 1983 erhielt Stoltenberg ein von HDW und IKL gefertig-

tes Zwei-Seiten-Papier („persönlich/vertraulich“), in dem die U-Boot-Spezialisten ungeniert darlegten, daß sie das geplante Geschäft konspirativ abwickeln wollten: Südafrika wolle „einen Satz Fertigungsunterlagen“ jener Boote „kaufen“, die gerade „bei HDW nach IKL-Zeichnungen für Indien im Bau“ seien. „40 Mio. DM“ des Kaufpreises „gehen an HDW“, hieß es in dem Papier, „10 Mio. an IKL“.

Weil die Rüstungsmanager wußten, daß ein offenes Geschäft keine Chance hatte, verständigten sie Stoltenberg gleich über den verdeckten Handelsweg: „Die Unterlagen gehen als Mikrofilm im

„Die damalige Bundesregierung hat das IKL hierzu mündlich aufgefordert und ‚Rückendeckung‘ zugesichert für den Fall, daß sich Schwierigkeiten ergeben würden.“ Es reiche also vollkommen aus, „wenn ein leitender Beamter eine ähnliche Erklärung, wie seinerzeit im Falle Israel, dem IKL gegenüber abgegeben würde“.

Es lief wie geplant: Stoltenberg ging in der U-Boot-Angelegenheit auf Tauchstation, Bundeskanzler Kohl nahm sich der Sache an, sein für Geheimdienste zuständiger Staatssekretär Waldemar Schreckenberger gab, wie die Firmenchefs von HDW und IKL in Aktennoti-



U-Boot-Stapellauf in Kiel: „Deutsches Design vermeiden“

Diplomatengepäck über die Grenze (werden abgeholt)“ – „das ist“, empört sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Norbert Gansel, „die Sprache der Mafia“.

„Eine begrenzte Umkonstruktion“ der U-Boote sei allerdings noch „erforderlich“, erfuhr Stoltenberg von den Firmen, insbesondere werde „das IKL die Aufbauten verändern, um ‚deutsches Design‘ zu vermeiden“. Vor Ort in Südafrika würden HDW und IKL dann „durch Entsendung von Spezialisten in begrenztem Umfang Bauhilfe geben“.

Eine offizielle Zustimmung Bonns zu dem geheimen Handel hielten die Firmen nicht unbedingt für erforderlich. Sie verwiesen auf ein U-Boot-Geschäft Anfang der siebziger Jahre mit Israel, bei dem ebenfalls das IKL „die Entwürfe und Bauzeichnungen geliefert“ hatte:

zen festhielten, telephonisch „grünes Licht“ für das Untergrundgeschäft, die heiße Ware passierte, kaschiert und unkontrolliert, die Grenzen.

Stoltenberg wurde erst Ende 1985 wieder aktiv, nachdem der für Exportgenehmigungen zuständige Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) offiziell den Blaupausenhandel untersagt hatte – da freilich war die Transaktion weitgehend gelaufen, und auch das Verbot geriet nur halbherzig.

Zwar behauptete Bangemann stets, er habe alles getan, um weitere illegale Lieferungen zu verhindern. Tatsächlich aber hatten seine Maßnahmen, so die SPD-Bundestagsfraktion, „rein kosmetischen Charakter“.

So wurde zwar das Bundesamt für Wirtschaft (Genehmigungsbehörde für Rüstungsexporte) angewiesen, Ausfuhr-

anträge des IKL künftig sorgfältig zu prüfen. Doch das Amt wurde nur unvollständig unterrichtet: Es erfuhr beispielsweise nicht, daß es die Lieferung von U-Boot-Unterlagen verhindern solle, daß der Empfängerstaat Südafrika sei und daß schon massenhaft Dokumente dorthin geliefert worden waren.

Statt bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige zu erstatten, etwa wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz oder militärischen Geheimnisverrats, wie hohe Beamte seines Ministeriums ihm geraten hatten, machte Bangemann dann auch noch den Bock zum Gärtner: Er überließ ausgerechnet dem Mitwisser Stoltenberg die Suche nach den Schuldigen.

Der Finanzminister und Kieler CDU-Chef sah in dem U-Boot-Deal lediglich eine Ordnungswidrigkeit, mithin eine Bagatelle. Stoltenberg überreichte den Vorgang „im Umschlag“ an die ihm unterstellte Oberfinanzdirektion (OFD) Kiel zur „ordnungsgemäßen Durchführung“ – die nach zwei Jahren Ermittlung noch immer nicht zu einem Ergebnis gekommen ist. Stoltenberg läßt das offenbar kalt. Als Kontrolleur ist er für die OFD, als Vertreter des Staatsunternehmens HDW für die Täter zuständig.

Ende letzten Jahres wollten die OFD-Prüfer zwar schon mal mit einer Empfehlung zum Ende kommen: Die Lieferung der U-Boot-Pläne sei „unbedeutend“, das Vergehen gering. HDW und IKL, so der OFD-Rat, sollten jeweils ein Bußgeld in Höhe von 50 000 Mark zahlen – für jedes Unternehmen etwa ein Promille der Auftragssumme von rund 50 Millionen Mark.

Doch dieser „Freibrief für illegale Rüstungsgeschäfte“ (Gansel) wurde gestoppt, ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß in Bonn hatte mit der Wahrheitssuche begonnen. Daraufhin versuchte Stoltenberg, unterstützt durch die liberal-konservative Mehrheit im Untersuchungsausschuß und durch die Firmenchefs, die Nachforschungen zumindest zu verzögern.

Die Chefs der Unternehmen verweigerten dem Parlament bislang jegliche Aussage. Und noch immer sträuben sich die Manager, ihre vollständigen Firmenakten herauszugeben. Stoltenberg, von Grünen-Abgeordneten um Beistand gegen die Staatsmanager von HDW gebeten, mag sich nicht gegen die Vorstandsherren wenden. Das Aktienrecht, erklärt er, verwehre leider jede Einflußnahme.

Letzte Woche haben die Parlamentarier unerwartet Hilfe erhalten. Am Donnerstag entschied das Bundesverfassungsgericht in Sachen Neue Heimat, daß ein Untersuchungsausschuß durchaus Firmenakten als Beweismittel beschlagnahmen lassen darf. Überdies dürften Firmenchefs, die ihre Aussage pauschal verweigern, in Beugehaft genommen werden.

– „in einer Tüte, die ihm sein Arzt mitgegeben hatte“.

Die beiden Gutachter, die sich nur auf Karteikarten und Krankenakten, aber weder auf eigene psychiatrische Untersuchungen Barschels noch auf sonstige ärztliche Befunde stützen, äußern sich zurückhaltend und allgemein über die Wirkung überhöhter Tranquilizer-Dosierung. „Bei gezielter mißbräuchlicher Einnahme von Benzodiazepinen“ wie Tavor könne „der angstlösende Effekt dazu benutzt werden, sich über die Bedenken hinsichtlich vermuteter oder antizipierter Folgen rechtswidriger oder moralisch bedenklicher Handlungen hinwegzusetzen“. Bei chronischem Dauergebrauch in höherer Dosierung könne „die Hemmschwelle auch unbeabsichtigt und vom betreffenden Patienten nicht mehr kritisch reflektiert herabgesetzt werden“.

Nach Ansicht der Gutachter waren „die Herrn Dr. Barschel durch ärztliche Verschreibung zur Verfügung gestellten Benzodiazepinmengen“ jedoch „für die Indikation ‚Angstsymptomatik beim Fliegen‘ in keiner Weise gerechtfertigt“. Denn der Dauergebrauch von Tavor wäre bei einer „situativ ausgelösten Angst“ unnötig gewesen.

So ist zu vermuten, daß Barschel über die Jahre, mit zunehmendem Gewöhnungseffekt, die Psycho-Pillen schluckte, weil ihn seine steile Polit-Karriere überforderte – mit 25 stellvertretender Landesvorsitzender, mit 29 Chef der CDU-Landtagsfraktion, mit 34 Minister.

Als Barschel 1982, mit 38 Jahren, Regierungschef wurde, wußten etliche Kabinettsmitglieder – darunter der Minister für Bundesangelegenheiten und jetzige geschäftsführende Ministerpräsident Henning Schwarz – allerdings auch, daß der junge Aufsteiger in früherer Zeit bereits in psychiatrischer Behandlung gewesen war.

Mitte der siebziger Jahre hatte der damalige CDU-Fraktionschef mehrere schwere Autounfälle verursacht. Daraufhin wurde Barschel an der Medizinischen Hochschule Lübeck behandelt. Einer der Ärzte, berichtete ein CDU-Politiker dem SPIEGEL, habe damals geäußert, Barschel zeige typische Symptome von Menschen, „die sich überschätzen“.

Gleichwohl kam Stoltenberg an dem ehrgeizigen Karriere-Politiker nicht vorbei, als er seinen Nachfolger zu bestellen hatte. Der nach der Bonner Wende ins Kabinett Kohl eintretende Finanzminister mußte indes von den früheren Barschel-Therapien Kenntnis haben – durch Henning Schwarz, seinen Jugendfreund aus gemeinsamer Oldesloer Schulzeit, der spätestens seit 1979 Bescheid wußte.

Mit diesem Informationsstand mag auch zu erklären sein, warum Stoltenberg seinem Zögling nur ein Stückchen Macht abtrat, seinen beherrschenden Einfluß als Landesparteichef jedoch beibehielt. Denn die Konstellation, daß die

beiden Ämter nicht in Personalunion verbunden sind, ist in unionsregierten Bundesländern ungewöhnlich, die einzige Ausnahme neben Schleswig-Holstein ist derzeit Niedersachsen.

Wo die Spitzenfunktionen nicht in einer Hand liegen, ergibt die Ämtertrennung durchaus einen Sinn, wenn dadurch der Regierungschef von der Parteiarbeit entlastet wird. In Schleswig-Holstein hingegen verzichtete Barschel keineswegs freiwillig auf den Parteivorsitz: Stoltenberg wollte ihn nicht räumen.

So blieb Barschel im Schatten des Übervaters lediglich dessen Kieler Statthalter, der von Stoltenberg nicht einmal in alles eingeweiht wurde, was von Bonn aus an der Förde getrickst wurde – wie etwa der illegale U-Boot-Handel der Howaldtswerke-Deutsche Werft AG und des Ingenieurkontors Lübeck (siehe Kasten Seite 98).

„Wo Stoltenbergs Stern strahlt, bleibt Uwe Barschel blaß“, schrieben Regionalblätter. Bei Landesparteitagen hatten Journalisten den Eindruck, als müsse der Ministerpräsident „an einem Katzentisch Platz nehmen“.

Barschel schien es „als Herabsetzung anzusehen, daß er nur mit der halben Macht ausgerüstet worden ist“ (so 1983 die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“). Im selben Jahr verzichtete Barschel deshalb darauf, wieder stellvertretender Landesvorsitzender zu werden – weil er nicht erster werden durfte, wollte er auch nicht zweiter bleiben.

Auch wenn Stoltenberg die Insignien der Macht nicht aus der Hand geben mochte, ließ er als Parteiführer die Zügel



CDU-Generalsekretär Reichardt  
„Gute und selbstlose Arbeit geleistet“

doch zunehmend schleifen. Die Arbeit vor Ort erledigt seit 1980 ein Mann seines Vertrauens, den er als Generalsekretär installierte: Rolf Rüdiger Reichardt, 47. Der ehemalige Bundeswehr-Oberstleutnant, dem das Verteidigungsministerium ein vorzügliches Zeugnis ausstellte (Stoltenberg: „Ich habe noch nie eine so gute Personalakte gesehen“), kommandiert die Landespartei ganz nach dem Geschmack des Vorsitzenden.

Im zurückliegenden Wahlkampf, bescheinigt ihm Stoltenberg, habe der Partei-General „sehr gute und selbstlose Arbeit geleistet“. Er könne, sagte der Landesvorsitzende vorige Woche vor dem Untersuchungsausschuß, „bis zum heutigen Tag nicht erkennen“, wieso „Persönlichkeiten und Mitarbeiter der CDU“ mit den Aktivitäten aus der Staatskanzlei „in Verbindung gebracht werden“.

schel“) fertigte Ghostwriter Pfeiffer den ersten Text-Entwurf – der war, worüber Stoltenberg noch im nachhinein froh ist, nicht so recht nach seinem Stilgefühl, weshalb er ihn in drögem Beamten-Deutsch „in Bonn selbst weitgehend neu gefaßt“ hat.

▷ Hauptautor der Broschüre „Betr. Engholm“ war Staatskanzlei-Referent Jürgen Lambrecht; das Werk, laut Stoltenberg ursprünglich konzipiert als „Sammlung dokumentierter Zitate“, ist ein zusammengeklittertes Pamphlet voller persönlicher Verunglimpfungen.

Der SPD-Spitzenkandidat wird darin als „geländegängiger Opportunist“ mit einem „Gummi-Rückgrat“ beschimpft, der „die Posaune des Ostens“ blase und aus „Liebedienerei zu den Grünen“ eine „wirksame Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität“ verhindere.

schuß, sei „die Grenze überschritten worden“ – die der zulässigen Zusammenarbeit von Regierungsstellen und Partei: In einem CDU-internen Rundschreiben Reichardts war Pfeiffer mit Telefon-Durchwahl (596-2514) als Ansprechpartner für Parteimitglieder genannt worden.

„Solange dieser Mann die CDU Schleswig-Holsteins führt“, hatte die „Zeit“ nach dem Landesparteitag Anfang November in Timmendorfer Strand über Stoltenberg geschrieben, „wird seine Partei die Dimension der politischen Katastrophe nicht begreifen und schon gar nicht bewältigen.“ Wer die Hemmungslosigkeit im Umgang mit dem politischen Gegner für normalen Wahlkampfstil ausgibt, kann schwerlich Konsequenzen ziehen.

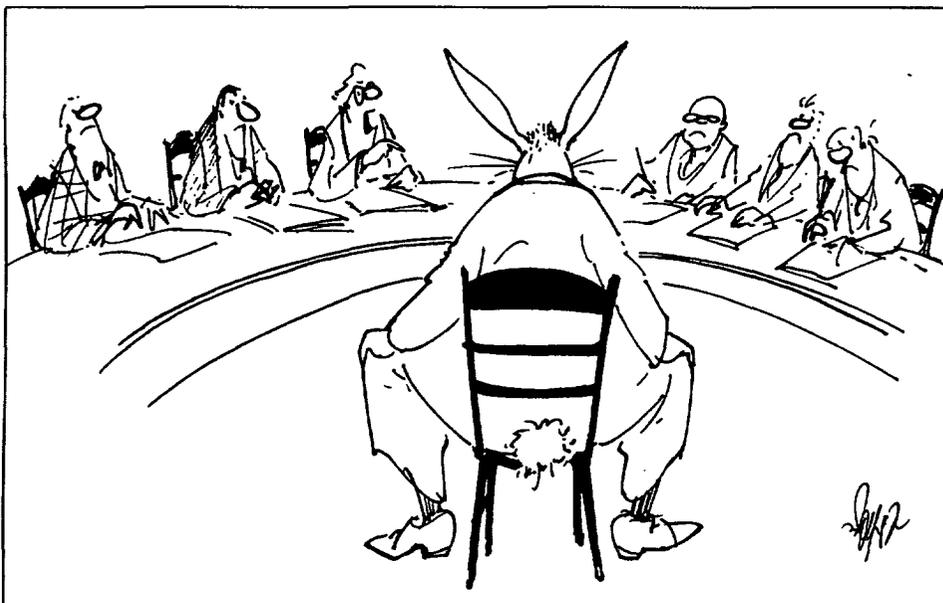
So sind denn auch für Stoltenberg letztlich die Wähler schuld, daß der CDU die leidige Diskussion über Barschels schmutzige Tricks aufgezwungen wurde. „Am 13. September“, klagte der Parteichef, „fehlten uns weniger als 2000 Stimmen für das entscheidende Mandat.“

Da weiß sich Stoltenberg mit großen Teilen der Parteibasis einig: Hätte es rechnerisch zu der Wunsch-Koalition mit der FDP gereicht, wäre die Affäre schon durch Mehrheitsentscheidung erledigt worden. Auf die Empfindungen des Parteivolkes nimmt auch der von Barschel selbst noch eingesetzte Übergangsreg. Schwarz, 59, Rücksicht, wenn er Entschuldigungen für „verfrüht“ und für „organisatorisch nicht passend“ erklärt.

SPD-Chef Hans-Jochen Vogel findet es bemerkenswert, daß sich aus der CDU „jetzt auch Leute entschuldigen, die von uns nie in jenem Zusammenhang gesehen worden sind“, beispielsweise der Bonner Umweltminister Klaus Töpfer oder der hessische Ministerpräsident Walter Wallmann.

Nur die beiden höchsten Repräsentanten der betroffenen Landespartei, Stoltenberg und Schwarz, bringen derlei nicht über sich – obgleich Kommentatoren von rechts bis links die Nord-CDU vorige Woche zu einer versöhnlichen Geste ermunterten. Die konservative Wochenzeitung „Rheinischer Merkur/Christ und Welt“ empfahl, die Partei „sollte soviel Größe haben, sich durch Gerhard Stoltenberg bei Barschels Opfer Björn Engholm zu entschuldigen“. Das „Hamburger Abendblatt“ nannte eine Entschuldigung „ein Zeichen von Mitmenschlichkeit, das gerade von einem Christdemokraten erhofft wird“.

Stoltenberg ist damit offenbar überfordert. Früher, so die „Hamburger Morgenpost“, habe der „große Klare aus dem Norden“ als „pflichtbewußt“ und „gradlinig“ gegolten. Jetzt sei „sein Kern zu bewundern“: „ein politisches und moralisches Vakuum“ – mit dem „Charme einer beleidigten Leberwurst“.



Neue Osnabrücker Zeitung

### „Sagen Sie uns Ihren Namen und was Sie über den Fall Barschel wissen“

Dabei ist es längst kein Geheimnis mehr, daß Reichardt und CDU-Presse-sprecher Günter Kohl (der Ende des Monats den Posten aufgibt) nicht nur Pfeiffer, sondern auch andere Bedienstete der Staatskanzlei verfassungswidrig als Mitarbeiter an Parteipublikationen beschäftigt haben:

▷ Bei der dreimal erschienenen Wahlkampf-Zeitung „Schleswig-Holstein am Wochenende“ fungierte Pfeiffer als Chef vom Dienst, der tagelang während der Arbeitszeit die Herstellung in der Preetzer Druckerei überwachte; der damalige Regierungssprecher Gerd Behnke las als Barschels Aufpasser Druckfahnen.

▷ Die Broschüre „Schönes Schleswig-Holstein“ wurde mit „Leistungs-bilanzen der Regierung“ (Behnke: „Abfallprodukte unserer Arbeit“) gefüllt; für ein Geleitwort Stoltenbergs („Mein Freund Uwe Bar-

Die Pseudo-Dokumentation traf genau die Gemütslage der Parteichristen. Er habe, sagt Stoltenberg, „gehört, daß es den Wunsch nach einem Nachdruck gab“, und dies „zustimmend zur Kenntnis genommen“.

Von derselben Machart waren auch die anderen CDU-Druckwerke – bis hin zu der verleumderischen, später gerichtlich untersagten Behauptung in der Wahlkampf-Zeitung, die SPD wolle „Sex mit Kindern straffrei“ lassen. In Stil und Sprache folgten die Zuarbeiter aus der Staatskanzlei der Devise des Stoltenberg-Sprechers Kohl, der im CDU-Mitgliederblatt „Schleswig-Holstein Kurier“ dafür plädiert hatte, die „vornehme Zurückhaltung“ gegenüber der SPD „abzulegen“.

An dem Unflat, der da ausgekübelt wurde, findet Stoltenberg nichts auszusetzen. „Nur in einem Fall“, konzidierte der Landesvorsitzende vor dem Aus-